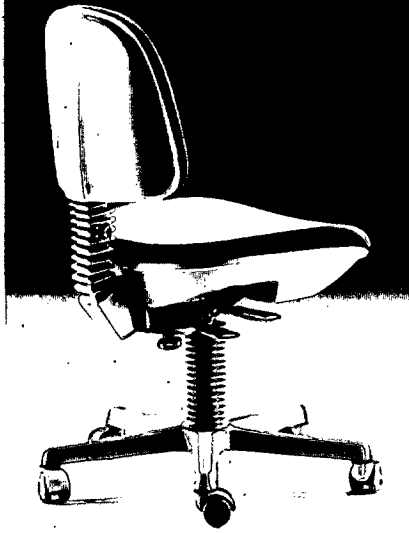


ORGATECHNIK
KOLN '88

Wir stellen aus:
Halle 13.3
Gang T/U
Stand 29/30

DAUPHIN



Falls Sie für das Sitzen neue Lösungen suchen, dann sollte die Antwort Dauphin heißen. Bürostühle von Dauphin zeigen Perfektion auf der ganzen Linie. Sie zählen technisch und ergonomisch zu den besten. Sie erfüllen die differenziertesten Ansprüche zum Thema komfortables Sitzen. Und sie bieten Ihnen eine echte Alternative in Design, Qualität und Preis. Für mehr Information und Händlernachweis schreiben Sie bitte an Dauphin in D-8561 Offenhausen, Tel. 09158/17-0

DAUPHIN
Gesundes Sitzen
mit System.
Abb.: Modell 1330 aus der Serie SyneroLine

sich Sozialdemokraten und Liberale die Macht teilen. Beide wollen ihre Mitarbeit ebenfalls stark einschränken, aber immerhin noch, mit kleineren „Rahmenleitgruppen“ in den zuständigen Behörden, auf der mittleren Manöver-Ebene dabeisein.

Für eine „aktive und intensive“ Beteiligung, die Bonn in einem „amtlich geheimgehaltenen“ Schreiben angemahnt hat, sieht Hamburgs Innensenator Werner Hackmann keine Veranlassung: Die Übung habe schon in der Vergangenheit „wenig gebracht“. Und der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor, der schon diesmal nach Bremer Muster verweigern wollte, droht: „Wenn Nato und Bundesregierung nicht aufs Kalte-Krieg-Spiel verzichten, verzichten wir auf die Teilnahme.“

Die überraschende SPD-Offensive stößt bei Nato-Militärs und in der Bundesregierung auf „Unverständnis“. Der Vorstoß zeige wieder mal, kritisieren Christdemokraten, daß die Sozis einen „Teilausstieg aus dem Bündnis“ anstreben.

Die Genossen dagegen versichern, ihnen gehe es vor allem um eine Rundenerneuerung von Nato-Konzeptionen und -Übungsprogrammen. Planspiele und Manövermodelle, die leichtfertig vom Scheitern der Nato-Strategie der Abschreckung ausgingen und politische Lösungen ausklammerten, seien nicht zeitgemäß und, so SPD-Börnsen, „militärisch überflüssig und politisch kontraproduktiv“.

Bei Wintex/Cimex würden nicht das Beherrschen von Krisen und die Lösung von Spannungen geübt, kritisiert auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und Verteidigungsexperte Horst Jungmann in einer internen Analyse für die Kieler Regierung. Vielmehr werde die Ausgangslage „so manipuliert“, daß es

„zwingend zu einem Krieg kommt, der in eine nukleare Auseinandersetzung mündet“.

Daß eine solche Annahme „noch mit den gewandelten weltpolitischen Rahmenbedingungen im Einklang“ stehe, hatte vor Monaten schon der saarländische Innenminister Läßle bezweifelt.

„Wir können nicht länger unter der Bedingung üben“, sagt nun auch der Düsseldorfer Manöver-Kritiker Schnoor, „daß Gorbatschow seine Panzer auftanken und bis nach Paris durchstarten läßt.“

POLIZEI

Knochen in Gips

Eine Berliner Sondertruppe, berüchtigt durch vielerlei Gewaltakte, ermittelt heimlich im Umfeld autonomer Gruppen – ohne gesetzliche Grundlage.

In Wackersdorf prügeln sie so auf Demonstranten ein, daß selbst einem Bundesgrenzschutzbeamten die Tränen kamen. Im Berliner Krawall-Quartier Kreuzberg schlugen sie sogar Kollegen zusammen. Die Beamten der Berliner „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ (EbLT) hinterlassen, wo immer sie auftreten und treten, blutige Spur.

Vor anderthalb Jahren erst wurde die Elite-Truppe aufgestellt und mit Schienbein- wie Hodenschutz bestückt. Doch längst schon müssen sich Politiker und Staatsanwälte mit den Gewalttaten der rund fünf Dutzend uniformierten Brutalos, darunter auch ein paar Frauen, beschäftigen.

Kaum eine andere Polizeieinheit ist hierzulande jemals so in Verruf geraten



Ordnungspolitiker Müllenbrock, Kewenig: „Ohne Ansehen der Person“

wie die EbLT, die der Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) nach groben Auseinandersetzungen in Kreuzberg am 1. Mai (SPIEGEL 20/1988) mit der zynischen Bemerkung deckte, „die Beamten“ seien halt „ohne Ansehen der Person vorgegangen“.

Neuerdings hat der paramilitärische Polizeitrupp einen zusätzlichen Auftrag erhalten: Er drischt nicht mehr wahllos auf seine Opfer ein, er guckt sie sich jetzt vorher heimlich aus.

Angehörige der EbLT tauchen beinahe wie Undercover-Agenten ins Umfeld autonomer Gruppen ab, unter falschem Namen und mit falscher Legende. Bei diesem Treiben, für das es keine gesetzliche Grundlage gibt, können die Beamten vorab die jungen Menschen schon mal beobachten, die sie später vermöbeln – ihrerseits wiederum unerkannt.



Kewenig-Sondertruppe im Einsatz*: „Aufklärung in der Grauzone“

Denn in martialischer Kampfmontur, mit Helm und Kinnblende verummumt, sind die EbLT-Beamten im üblichen Gekümmel so leicht nicht zu identifizieren.

Als „Einsatz verdeckter Ermittler zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ umschrieb der Berliner Innenstaatssekretär Wolfgang Müllenbrock einschlägige Praktiken schon Anfang 1986 in einer internen Anweisung. Zwar sollten die Beamten „bis zum Erlaß einer gesetzlichen Regelung“ nicht heimlich fotografieren oder Gespräche belauschen und auf Tonband nehmen. Doch durchgreifende Bedenken gegen „andere rechtlich problematische operative Maßnahmen“ wie das „Einrichten von Scheinfirmen“ zeigte der Staatssekretär nicht, dabei sei lediglich „ein strenger Maßstab anzulegen“.

Die EbLT exerziert nun vor, was leitende Beamte offenbar für die gesamte

* Bei den Kreuzberger Krawallen am 1. Mai.

Berliner Polizei anstreben: totale Bespitzelung der traditionell unruhigen Szene. In diesem Sinne verständigten sich Anfang August etliche Polizeiführer einschließlich des Landespolizeidirektors Manfred Kittlaus (SPD). Die Polizeidirektoren und -oberräte waren sich einig, in „Aufklärungsmaßnahmen“ müßten nicht nur EbLT und „EuS“ (Einsatzprobung und Sonderaufgaben), sondern „alle Polizeidienststellen stadtweit eingebunden“ werden.

Die Polizeioberen ließen auch keinen Zweifel, welche Art von Aufklärung sie fördern wollen. Es gehöre, so ihr einhelliges Votum, „zu den Aufgaben von EbLT“, bei gegebenem Anlaß in der sogenannten „Grauzone“ verdeckt aufzuklären. Nur völlig abtauchen sollten die Polizisten möglichst nicht, damit für ihre Tarnung nicht „umfangreiche Legendenbildung“ erforderlich werde.

Beinbruch vor und ließ sich den Knochen eingipsen.

Wie viele der EbLT-Beamten mittlerweile die Uniform im Spind lassen und ihren Dienst mit Irokesen-Haarschnitt und in abgewetzten Klamotten versehen, gibt Innensenator Kewenig nicht preis. Er behauptet vielmehr, Angehörige der EbLT hätten überhaupt keine geheimen „Ermittlungen“ angestellt, sondern nur „anlaßbezogen“ einen „Aufklärungsauftrag“ erfüllt wie „andere Polizeibeamte“ auch. Und die Einsätze hätten „im wesentlichen der Erstellung eines Lagebildes“ gedient.

Der semantische Dreh – „Aufklärung“ statt „Ermittlung“ – widerlegt inhaltlich nicht, was Polizeikenner bekunden: Inzwischen sei die gesamte dritte Gruppe der EbLT (15 Mann) mit zivilen Aufträgen betraut.

Für den Einsatz heimlicher Ermittler „im Rahmen der Strafverfolgung“ hat der Berliner Innensenator, gemeinsam mit dem Justizsenator, wenigstens eine „Allgemeine Verfügung“ erlassen, nach der die Staatsanwaltschaft mitzureden hat. Doch bei viel heikleren Ermittlungen, im Vorfeld eines strafrechtlich erheblichen Verdachts, läßt CDU-Politiker Kewenig die Polizei los – die fehlende gesetzliche Grundlage für verdecktes Vorgehen ersetzt Kewenig durch eigenmächtiges Haus-Recht.

Dessen Maßstäbe wiederum belegen exemplarisch, worauf Politiker und Beamte aus der Polizei tendenziell hinwirken, falls der Gesetzgeber nicht strikte Regeln erläßt: auf einen geheimen Nachrichtendienst mit Exekutivbefugnis. Denn so weit wie Kewenig gehen bisher nicht einmal die vielen Vorlagen zu einem bundeseinheitlichen Musterentwurf für ein neues Polizeirecht, das verdeckten Ermittlungen durch die Polizei ohnehin entgegenkommt.

Nach neuesten Vorstellungen soll die Polizei künftig nicht nur geschehene Straftaten verfolgen und Gemeingefahr abwehren, sondern auch Vorbeugung betreiben. Doch von diesem Auftrag streng getrennt bleibt die Befugnis, auch im Vorfeld zu ermitteln. Polizisten sollen nur in bestimmten Bereichen der Kriminalität, die besonders gefährlich und mit herkömmlichen Mitteln nicht einzudämmen sind, im Vorfeld ermitteln dürfen: gegen Rauschgifthandel, serienweise begangene Schwerekriminalität und Terrorismus etwa.

Kewenigs EbLT aber – und eines Tages womöglich ein großer Teil der gesamten Berliner Polizei – ist darauf aus, vermeintlich extremistische Randgruppen zu durchdringen. Das ist bisher ausschließlich Aufgabe des Verfassungsschutzes. Der darf allerdings nur beobachten und nicht draufhauen. ♦

Kewenigs EbLT aber – und eines Tages womöglich ein großer Teil der gesamten Berliner Polizei – ist darauf aus, vermeintlich extremistische Randgruppen zu durchdringen. Das ist bisher ausschließlich Aufgabe des Verfassungsschutzes. Der darf allerdings nur beobachten und nicht draufhauen. ♦